



Klaus Wittmann

Vier Jahre nach Russlands Überfall: Friedensaussichten für die Ukraine?

März 2026

Vier Jahre schon führen die Ukrainer einen Krieg, den die anderen Europäer – noch – nicht zu führen brauchen. Siegt Wladimir Putin in der Ukraine, wird er dort nicht haltmachen. Der Westen hat die Ukraine zwar in vieler Hinsicht, auch militärisch, unterstützt, doch sind vermehrte Anstrengungen einschließlich der Lieferung weitreichender Waffen nötig, um sie weiter zu stärken und Russland weiter zu schwächen. Auf übertriebene russische Siegesmeldungen und den Nimbus der Unbesiegbarkeit Russlands darf man nicht hereinfallen. Und auch nicht auf Putins angebliche Friedensbereitschaft. Er spielt auf Zeit und will durch Scheinverhandlungen erobern, was seine Truppen mit ihrer miserablen Bilanz nicht einnehmen können. Ein Waffenstillstand oder gar Friede müssen gerecht und nachhaltig sein, was robuster Absicherung bedarf. Dazu wird Putin erst dann bereit sein, wenn er das Scheitern seiner „militärischen Spezialoperation“ vor Augen hat. Deshalb müssen ihm gegenüber ganz andere Saiten aufgezogen werden, wobei Deutschland eine Führungsrolle zukommt.

Der vierte Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist bitterer Anlass zu einer erneuten Zwischenbilanz dieses Krieges, der bald länger gedauert haben wird als der Erste Weltkrieg.

Sein Charakter wird mit dem gemeinhin benutzten Begriff ‚völkerrechtswidrig‘ nahezu verharmlost: Dies ist kein Konflikt zwischen zwei ‚Kriegsparteien‘, sondern Russlands brutale Unterwerfungsoffensive gegen ein Nachbarland, verbrecherisch nach Absicht und Ziel (*ius ad bellum*) sowie Methoden (*ius in bello*). Beim allseits geteilten Wunsch, ‚das Töten zu beenden‘, muss doch bewusst sein, dass jede und jeder Tote dieses Krieges auf Wladimir Putins Konto geht.

Jeder Tote dieses Krieges geht auf Putins Konto.

Putin hat die 1975 in Helsinki verbriefte und 1990 in Paris bekräftigte europäische Friedensordnung zertrümmert: souveräne Gleichheit der Staaten, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit von Grenzen, friedliche Streitbeile-

gung, freie Bündniswahl. Und dies ist als Vorstufe zu einer im Verein mit anderen Autokraten angestrebten ‚Neuordnung‘ Europas und der Welt zu verstehen, die nicht auf freiheitlichen Prinzipien beruhen würde. Die für die transatlantische Gemeinschaft disruptive Politik von US-Präsident Donald Trump spielt ihm dabei in die Hände.

Die Ukrainer führen den Krieg, den wir Europäer noch nicht führen müssen.

Wie ist es zu erklären, dass die Europäer dieses Blutvergießen vor ihrer Haustür bereits vier Jahre lang zulassen – während immer weitere Teile des Landes zerstört und unbewohnbar gemacht werden, gerade im eisigen Winter? Weil wirksame militärische Unterstützung der Ukraine als zu kostspielig oder zu risikoreich galt? So erschien dem früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich jede Maßnahme, die für die Invasoren schmerzhaftere Konsequenzen gehabt hätte, als ‚brandgefährlich‘. Sind die Gründe vielleicht ‚mangelnde Empathie mit einem geschundenen Volk oder Blindheit für Putins revisionistische und neo-imperialistische Ziele sowie deren Reichweite? Oder ist es fehlende Einsicht, dass die tapferen Ukrainer den Krieg führen, den die anderen Europäer – noch – nicht führen müssen?

Sollte Putin in der Ukraine siegen oder auch nur einen faulen Frieden durchsetzen, hätte dies absehbar bedrohliche sicherheitspolitische Konsequenzen auch für uns (etwa beginnend mit der Litauen-Brigade), je nachdem, wie uneinig und wie weitgehend von den USA verlassen er die NATO wahrnimmt. Während der US-Präsident meint, Putin wolle Frieden, setzt sich in seinen eigenen Geheimdiensten Realismus gegenüber dessen weitergehenden Zielen durch.

Versäumnisse

Ehrlichkeit über Versäumtes hilft zukünftige Fehler vermeiden. Die Lage der Ukraine könnte eine völlig andere sein, wäre die militärische Unterstützung durch ihre Partner nicht stets mit ‚angezogener Handbremse‘ erfolgt und hätte sie im Herbst 2022 die erforderliche Zahl von Kampf- und Schützenpanzern und genug Artilleriemunition erhalten, um ihre spektakulären Gegenangriffserfolge bei Charkiv und Cherson auszuweiten. Hingegen dauerte es nach einer Bundestagsresolution Ende April 2022, der zufolge die Bundesregierung der Ukraine schwere Waffen liefern sollte, ein Dreivierteljahr, bis der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz bereit war, eine geringe Zahl von Kampf- und Schützenpanzern zur Verfügung zu stellen. Mitte 2022 sagte er im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages voraus, bereits die Abgabe von Schützenpanzern Marder an die Ukraine würde eine ‚furchtbare Eskalation‘ bewirken – als habe er sich von Präsident Putin einschüchtern lassen.

Putin hat seine Kriegsziele bis heute nicht erreicht.

Besser wäre es gewesen, wenn er eine Koalition angeführt hätte, die einer Überlegung des European Council on Foreign Relations gefolgt wäre: Von den rund 2.000 Leopard-2-Panzern, die sich im Bestand von 14 europäischen Staaten befanden (davon neun NATO-Mitglieder), hätten etwa 15 Prozent an die Ukraine abgegeben werden können. Das hätte der Zahl von rund 300 Kampfpanzern entsprochen, die Kiew damals als erforderlich ansah.

Ferner hätte es die Lage dramatisch verbessert, wäre die Ukraine ab 2023 mit weitreichenden Waffen wie Marschflugkörper Tomahawk und Taurus ausgestattet worden, einschließlich der Genehmigung, damit militärische Ziele auf russischem

Boden zu bekämpfen. Zu diesen gehören Militärflugplätze, Abschussvorrichtungen und Drohnenfabriken wie Alabuga. So umfangreiche Flugabwehr auch zur Verfügung stehen mag – und hier leistet Deutschland in der Tat substantielle Unterstützung –, sie wird nicht ausreichen, um ukrainische Städte, kritische Infrastruktur und Fronttruppen vollständig zu schützen. Deshalb müssen Angriffe in stärkerem Maße bereits vor dem Abschuss verhindert werden.

Der Mythos russischer Unbesiegbarkeit ist Propaganda.

Dies sowie nachhaltige Beeinträchtigung von Führung und Nachschub könnten auch heute noch eine Wende des Kriegs bringen. Schon im Frühjahr 2023 forderte eine weitere Bundestagsresolution die Abgabe ‚weitreichender Waffen‘ an die Ukraine, womit hauptsächlich Taurus gemeint war, was dann aber die SPD-Fraktion bestritt. Jedes der von Scholz angeführten Argumenten gegen eine Taurus-Lieferung war widerlegbar (siehe Aspen SPOT On vom März 2023), unter Hinweis auf die Volksweisheit ‚Wenn man etwas will, findet man Wege, will man es nicht, findet man Gründe‘.

Aufgrund der Eskalationsfurcht des Bundeskanzlers und des damaligen, ebenfalls übervorsichtigen, US-Präsidenten Joe Biden wurde viel Zeit vertan. Scholz versteckte sich hinter Biden mit der Begründung ‚keine deutschen Alleingänge‘, besonders als er eine positive Entscheidung bezüglich des Kampfpanzers Leopard erst traf, nachdem er die USA erfolgreich zur Abgabe von Abrams-Panzern genötigt hatte, die von niemandem verlangt worden waren. Und andere versteckten sich hinter Deutschland. Dem ewigem Brüten der deutschen Regierung als größter militärischer Unterstützer der Ukraine ist entgegenzuhalten, dass dies nur für absolute Zahlen gilt und im Verhältnis zur Wirtschaftskraft Deutschland höchstens auf Platz 14 steht. Es bleibt auch heute noch unter seinen Möglichkeiten, quantitativ und mit der Zurückhaltung von Waffen, welche die Invasoren besonders wirksam schädigen würden.

Bei einer Vorstellung des Buchs von Katja Gloger und Georg Mascolo Mitte Januar 2026, das die deutsche Russland-Politik kritisch beleuchtet, legte Altkanzler Scholz in offenbar exkulpatorischer Absicht seine



damaligen Beweggründe dar – und bestätigte damit zugleich, was viele an seiner Ukraine-Politik als ‚Selbstabschreckung‘ kritisiert hatten: Stets sei abzuwägen gewesen, ob sich Deutschland im Gleichklang mit Partnern bewege und wie Russland reagiere. Das habe bedeutet, „dass man natürlich auch austesten musste, wie weit das gehen kann.“ Putin wurde die Eskalationsdominanz überlassen, und ständig wurden ihm selbstgesteckte ‚rote Linien‘ kommuniziert. Er spielte gekonnt besonders mit deutschen Ängsten, und der Kanzler schürte Befürchtungen im Volk, mit denen er dann als ‚öffentliche Meinung‘ seine Art von ‚Besonnenheit‘ rechtfertigte.

Zurückblickend kann der deutschen Russland-Politik vorgehalten werden, dass sie nach der Annexion der Krim und dem Beginn des verdeckten Krieges im Donbass rasch zur Routine übergegangen ist. Mit der 2015 getroffenen Abmachung über die Nord Stream 2-Gas-Pipeline wurde zudem die energiepolitische Abhängigkeit von Russland weiter erhöht sowie in den baltischen Staaten und Polen Vertrauen nachhaltig beeinträchtigt. Deren Warnungen vor einer wachsenden Bedrohung durch Russland wurden in Deutschland häufig als überzogen oder hysterisch abgetan. Das hat dazu beigetragen, Putins weiteren Plänen Auftrieb zu geben.

Der Westen hat der Ukraine zu lange nur mit angezogener Handbremse geholfen.

Es wäre zu wünschen, dass Bundeskanzler Merz hinsichtlich Taurus seine markigen Oppositions-Ankündigungen einlöst, nicht zuletzt als gutes Beispiel für andere Europäer, die auch viel mehr tun könnten. Zumindest sollte mit der Ausbildung ukrainischen Bedienungspersonals begonnen werden, um diese Option jederzeit ziehen zu können. Doch hört man neuerdings den Hinweis darauf, dass die Ukraine ja jetzt selbst solche Systeme produziere, und zwar mit deutscher Hilfe. Das ist aber ein Ausweichen auf die zweitbeste Lösung, und drei Jahre sind diesbezüglich verloren. Berlin scheint jedoch weiterhin Eskalation zu fürchten, obwohl Putin stets autonom, ungeachtet westlicher Aktionen, eskaliert. Waffenlieferungen, beziehungsweise deren glaubwürdige Androhung, könnten dagegen sogar de-eskalierend wirken.

Merz verfügte nach Amtsantritt, dass nicht mehr öffentlich über alle deutschen Lieferungen an die Ukraine informiert wird. Das

macht Sinn, sofern es nicht Verweigerung kaschiert. Er kündigte zudem an, generelle Einsatzbeschränkungen für weitreichende Systeme werde es nicht mehr geben. Dies setzt aber voraus, dass solche Systeme auch tatsächlich geliefert werden.

Ist Russland unbesiegbar?

Für die Ukraine ist der Krieg noch längst nicht verloren. Denn Putin hat die Ziele seiner ‚militärischen Spezialoperation‘ trotz über einer Million eigener Gefallener und Verwundeter bislang völlig verfehlt. Seine Bilanz fällt miserabel aus, während der weniger als vier Jahre dauernde „Große Vaterländische Krieg“ die Sowjetarmee bis nach Berlin führte. Waren in der ersten Invasionsphase ca. 30 Prozent der Ukraine besetzt, sind es heute weniger als 20 Prozent. Ihr Volk ist geeinter denn je und unterstützt die politische Führung. Und die NATO, gegen die er sich angeblich auf ukrainischem Boden verteidigt, ist um zwei potente Mitglieder größer und militärisch stärker als jemals zuvor beziehungsweise auf dem Weg dahin.

Putins militärische Bilanz ist miserabel.

Aufgegeben hat Putin seine Ziele indes nicht. Die Einverleibung der vier Oblaste Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischja – neben der Krim auf dem Papier der russländischen Verfassung bereits Teil Russlands (in russischer Darstellung „neue territoriale Realitäten“) – ist Zwischen-, nicht Endziel. Letzteres besteht in der Unterwerfung der Ukraine durch Okkupation oder Einsetzung eines Kreml-hörigen Regimes beziehungsweise ihre völlige Zerstörung. Denn eine demokratische, westlich orientierte Ukraine könnte zur Ansteckung des russischen Volks mit dem ‚demokratischen Virus‘ und damit – aus Putins Sicht – zur existentiellen Bedrohung seines Macht- und Herrschaftssystems führen.

Russland hat an mehreren Frontabschnitten die taktische Initiative, aber es kommt unter immensen Verlusten nur äußerst langsam voran. Der kürzlich erfolgte Fall von Pokrovsk war das Ergebnis über 18-monatiger Bemühung. Aber die ständigen Siegesmeldungen, die keinem Faktencheck standhalten, und die Propaganda von einem für die Ukraine ‚schon verlorenen Krieg‘ sollen US-Präsident Donald Trump beeindrucken und die westliche Unterstützung lähmen.

Darauf sollte man nicht hereinfallen, aber es verfängt bei Vielen im Westen, auch im deutschen Regierungslager, die an russische Unbesiegbarkeit glauben (wollen), was mit einhergehender Drosselung der Unterstützung zu einer *self-fulfilling prophecy* beiträgt. Der Nimbus ist spätestens zerstoßen seit der ukrainischen Kursk-Offensive im August 2024 mit vielmonatiger völlig hilfloser russischer Reaktion auf die immerhin erstmalige militärische Besetzung russischen Bodens seit dem Zweiten Weltkrieg. Kurioserweise sind es oft dieselben, die eine russische Bedrohung Europas verneinen.

Die bedeutenden russischen Probleme, wirtschaftlich, demographisch und auf dem Schlachtfeld, sowie die vielen ukrainischen Erfolge werden von den Defätisten ausgeblendet. Zu letzteren gehören die wirksamen Angriffe auf kriegswichtige russische Ölraffinerien und -depots, Rüstungsfertigung, Gefechtsstände, Bereitstellungsräume, Militärflugplätze und Flugzeuge sowie die weitgehende Zerstörung der russischen Schwarzmeerflotte, deren Reste sich nicht mehr in die Nähe der ukrainischen Küste trauen. Politisch und strategisch ist der Krieg für Russland bereits verloren.

Russlands Friedensforderungen bedeuten für die Ukraine Selbstaufgabe.

Die zunehmenden russischen Luftangriffe gegen Elektrizitäts-, Wärme- und Wasserinfrastruktur in den ukrainischen Städten zerstören wichtige Lebensgrundlagen und sollen die ukrainische Bevölkerung zermürben. Je weniger Fortschritte es in Putins Krieg gibt, umso grausamer führt er ihn. Und in Anlehnung an den genozidalen Holodomor (Hungermord) 1932/33 heißt es nun „Cholodomor“ („Kältemord“). Bewundernswert sind das tapfere Durchhalten der Menschen, ihre Findigkeit bei Aushilfen und ihre Unterstützung der Front, ihre gegenseitige Solidarität und ihre konsequente Ablehnung russischer Herrschaft.

Ein anderer Aspekt der Defätismus-Propaganda ist die heuchlerische russische Polemik gegen Korruption in der Ukraine und die angebliche ‚Illegitimität‘ Selenskyjs als Präsident. Die Korruption ist weitgehend ein sowjetisches Erbe und wird, anders als im kleptokratischen russischen System, zunehmend aufgedeckt und verfolgt. Und da die Präsidentenwahl verfassungskonform bis nach Kriegsende aufgeschoben ist,

besitzt Selenskyj wesentlich stärkere demokratische Legitimität als Putin. Durch scheinbares Entgegenkommen in der Wahlfrage weist er geschickt auf die Voraussetzungen hin. Er bleibt das Gesicht der Freiheit, während Putin die ‚Torheit der Tyrannen‘ verkörpert.

Besonders durchdrungen vom Nimbus russischer Unbesiegbarkeit scheint US-Präsident Donald Trump, der deshalb mit periodischen Ultimaten Druck auf das Angriffsopfer, nicht etwa auf den Aggressor ausübt – im Interesse rascher Beendigung dieses Krieges, den er als Störfaktor beim Streben nach ‚Normalisierung‘ der (nicht zuletzt wirtschaftlichen) Beziehungen mit Russland betrachtet. So wurde die Ukraine, beginnend mit Präsident Selenskyjs Demütigung im Weißen Haus und anschließendem Rauswurf im Februar 2025 sowie späterem Treffen im Vatikan einem veritablen Wechselbad ausgesetzt. Immer wieder kehrt Trump zurück zu dem Tenor, Putin sei zu einem Abkommen bereit, beispielsweise in einem Interview mit Reuters Mitte Januar 2026 mit den Worten „Ich denke, die Ukraine ist weniger bereit, einen Deal zu machen“ – ein klarer Vorwurf an den ukrainischen Präsidenten, eine Beendigung des Krieges zu verzögern. Die hängt aber von Putin ab.

Zentral ist dabei die Rolle seines diplomatisch völlig unerfahrenen Geschäftsfreunds Steve Witkoff, der mit den wichtigsten Dossiers der US-amerikanischen Außenpolitik (Ukraine, Gaza, Iran) hantiert. Mehrfach hat er sich von Putin irreführen lassen und dessen Narrative transportiert. Der im November 2025 bekanntgewordene US-amerikanische 28-Punkte-Plan forderte der Ukraine harte Zugeständnisse ab und liest sich so, als stamme er weitgehend von Witkoffs russischen Counterpart Dmitrijew. Und vor Selenskyjs Besuch in Mar-a-Lago

Putin versteht nur die Sprache der Stärke.

Ende 2025, wo der auf Tomahawk-Marschflugkörper hoffte, riet Witkoff dem russischen Partner, dass Putin vorher mit Trump telefonieren und wie er ihm schmeicheln sollte. Das erfolgte, Tomahawk gab es daraufhin nicht.

Die panikartige russische Reaktion schon auf die Aussicht einer Lieferung hatte Trump nicht etwa als Druckmittel genutzt, sondern Putin am Telefon gefragt, was der



sagen würde, wenn er der Ukraine Tomahawk gäbe. Mitte August 2025 hatte er in Anchorage/Alaska Putin den roten Teppich ausgerollt, mit dem verstörten Eindruck, den er beim Pressetermin machte, allerdings auch Spekulationen über die Gründe seines ständigen Entgegenkommens gegenüber Putin Nahrung gegeben. Zwar gab es dort keine offiziellen Ergebnisse, doch ist die häufige russische Berufung auf eine angebliche ‚Anchorage-Formel‘ bis heute auch von Experten nicht entschlüsselt.

Will Putin Frieden?

Trump gibt sich aufgrund der Witkoff-Berichte sowie seines Alaska-Treffens und der Telefonate mit Putin überzeugt von dessen Friedenswillen. Doch die als Voraussetzung bereits für einen Waffenstillstand bekräftigten russischen Forderungen sind völlig inakzeptabel: Für die Ukraine würden sie Selbstaufgabe bedeuten. im Sinne der russischen Ziele, die – gewissermaßen chiffriert – lauten: ‚Entnazifizierung‘ (Marionettenregime), ‚Entmilitarisierung‘ (Festschreibung ihrer Wehrlosigkeit), ‚Befreiung‘ (Vernichtung der ukrainischen Staatlichkeit, Identität und Kultur), ‚Neutralität‘ (ein Vakuum als Einladung zum nächsten Angriff) – und die Überlassung von bisher noch nicht einmal vollständig eroberten Provinzen. Im noch freien Teil des Oblast Donezk liegt indes der ‚Festungsgürtel‘ aus Städten und Feldbefestigungen, ein ‚Schlüsselgelände‘, dessen Aufgabe die fast ungehinderte Fortsetzung des Angriffs über offenes Terrain in Richtung Kiew ermöglichen würde.

Europa muss mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen.

Das leichtfertige Gerede über ‚unvermeidbare Gebietsabtretungen‘ verkennt, dass es sich da nicht um abstrakte Landstriche handelt, sondern um die Heimat von Millionen ukrainischer Menschen, deren äußerst brutale Russifizierung sich in besetzten Regionen bereits vollzieht: Mord, Folterkeller, ‚Filtrationslager‘, jede Art von Drangsalierung, Gehirnwäsche schon in den Schulen, Verschwindenlassen von Kommunalpolitikern, Deportation Zehntausender Kinder, deren Personalpapiere vernichtet werden und die mit russischen Namen in russischen Familien oder Heimen landen. Ein Terrorregime, das weiter ausgedehnt werden soll.

Zwänge man die Ukraine zur Aufgabe dieser Gebiete, würden sich weitere Flüchtlingsströme nach Westen ergießen. Es ist eine gefährliche Illusion, die *de facto*-Anerkennung russischer Herrschaft über die

Putin betrachtet Diplomatie als Teil der Kriegführung.

beanspruchten Oblaste zu propagieren – bei endgültiger *de iure*-Regelung irgendwann in der Zukunft.

Für den Westen sind Putins Bedingungen inakzeptabel wegen der Wahrscheinlichkeit, dass nach einem Sieg oder ungesicherten Frieden Putin nicht in der Ukraine haltmachen würde. Auch könnte die Belohnung von Aggression andere autoritäre Machthaber ermutigen, ähnliche Wege zu gehen. Hinzu kommt die implizite Forderung nach einer Wiederauflage der Breschnew-Doktrin beschränkter Souveränität von Satellitenstaaten. Diese Vorstellung hatte Putin bereits im Dezember 2021 ultimativ Washington und der NATO übermittelt – erkennbar als Entwurf für ein Europa unter russischer Vorherrschaft.

Immerhin gelang es den Europäern – wenn auch spät und wieder nur reaktiv –, die US-amerikanische Bereitschaft zu bremsen, die Ukraine zu einer faktischen Kapitulationsvereinbarung zu drängen. Der ursprüngliche ‚28-Punkte-Plan‘ wäre dem gleichgekommen. Zwar besteht über die in zentralen Aspekten wie Gebietsabtretungen, ukrainische Militärstärke und NATO-Mitgliedschaft abgeschwächte ‚20-Punkte‘-Version, die von der europäischen ‚Koalition der Willigen‘ in Abstimmung mit den USA erarbeitet wurde, derzeit westliches Einvernehmen. Wie belastbar dieses ist, bleibt jedoch offen, und Russland wird dem Plan vermutlich nicht zustimmen.

Denn hinsichtlich Waffenstillstand, gar Frieden, sind keinerlei Illusionen am Platz: Putin täuscht Verhandlungsbereitschaft nur vor, spielt auf Zeit und sieht sich auf der Siegerstraße in einem Abnutzungskrieg. Er betrachtet Diplomatie als Teil der Kriegführung, sein ‚Verhandeln‘ ist Manipulation, er hält Präsident Trump zum Narren, nutzt Entgegenkommen als Schwäche aus, versteht selbst nur die Sprache der Stärke und schafft es immer wieder, die Ukraine und die Europäer als Friedens-Verhinderer darzustellen. Erobern auf dem Verhandlungsweg soll die armseligen militärischen Fortschritte wettmachen.

Konzessionen?

Kürzlich wurde von einer prominenten, aber seit Invasionsbeginn Moskau-affinen Gruppe um General a.D. Harald Kujat und Professor Peter Brandt ein detaillierter Vorschlag für einen Verhandlungsfrieden vorgelegt. Er ist durchzogen von Empathielosigkeit gegenüber einem von der Vernichtung bedrohten Volk, weitgehender Übernahme von Moskauer Positionen, Blindheit für Putins Ziele, illusorischen Vorstellungen über dessen Friedensbereitschaft und Vorschlägen zu großenteils aussichts- oder wirkungslosen Sicherheits-„Garantien“ für die Ukraine. Außerdem kennzeichnet ihn eine weitgehende Gleichsetzung von Aggressor und Angriffsoffer.

Überhaupt ist in der internationalen Ukraine-Diplomatie hauptsächlich von Konzessionen des angegriffenen Landes die Rede; die Verpflichtungen, die dieser Friedensplan Russland auferlegen will, sind unrealistisch. Aber vor der Versuchung, Putin durch Entgegenkommen beschwichtigen zu wollen, warnt das Appeasement-Abkommen von München vom September 1938. Damals sollte Hitler mit dem tschechischen Sudetenland zufriedengestellt werden – ein Schritt, der sich als folgenschwerer Irrtum erwies. Premierminister Chamberlain proklamierte „Peace for our time“ und hätte fast den Friedensnobelpreis bekommen. Doch ein halbes Jahr später erfolgte die ‚Zerschlagung der Resttschechei‘ und nach weiteren sechs Monaten der deutsche Angriff auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Es heißt

Die Ukrainer kaufen Europa Zeit.

ja ‚Geschichte wiederholt sich nicht, aber manchmal reimt sie sich‘.

Putin wird jedenfalls zu jedweder Konzession nur bereit sein, wenn er das Scheitern seines Krieges vor Augen hat. Wo sollte auch zwischen Vernichtungsabsicht und Überlebenswillen der ‚Kompromiss‘ liegen? Putin glaubt Trump von den ‚tieferen Gründen‘ seines Feldzugs überzeugt zu haben, unter anderem die NATO-Erweiterung. Aber die wirklichen *root causes* des Krieges bestehen für Putin in der schieren Existenz einer eigenständigen Ukraine.

Sicherheits-,Garantien‘?

Sollte es zu einem Waffenstillstand oder gar zu einem Vertrag für gerechten und dauer-

haften Frieden kommen, müssen eine Fortsetzung oder spätere Neuaufnahme russischer Angriffe zuverlässig ausgeschlossen werden. Noch so starke ukrainische Streitkräfte werden allein dazu nicht imstande sein. Die derzeitigen Verhandlungen der westlichen Unterstützer (Europa/Kanada untereinander und mit den USA) über derartige ‚Sicherheitsgarantien‘ sind also so lange hypothetische ‚Glasperlenspiele‘, wie

Unsere Hilfe für die Ukraine liegt im eigenen Interesse.

Putin keinerlei Bereitschaft zum Friedensschluss zeigt und jegliche Abstriche an seinen Zielen verweigert.

Andererseits gibt es viele problematische Aspekte, die zu ‚Showstoppnern‘ werden könnten oder Moskau ein ewiges Hinauszögern von Vereinbarungen erlauben würden. Dazu gehört schon Moskaus Forderung nach ‚Sicherheitsgarantien für Russland‘, und konkret folgendes:

Unklar ist unter anderem die Tiefe einer entmilitarisierten Zone und wie weit welche Seite sich zurückzöge. Moskau fordert ihre Verwaltung durch russische Nationalgarde und Polizei. Referenden in den ‚annektierten‘ Oblasten lehnt es strikt ab, ganz zu schweigen von deren Voraussetzungen. Offen ist, ob es Friedentruppen gäbe, sowie von wem und mit welchem Mandat, ob lediglich leicht bewaffnete Blauhelmsoldaten oder gar nur OSZE-Beobachter? Erforderlich wären Kräfte mit robustem Auftrag aus NATO- und EU-Staaten, und zwar vor Ort. Überwachung aus der Luft oder Stationierung in Nachbarstaaten wären unzureichend. Der russische Außenminister droht aber, solche Truppen würden „legitime Ziele“ für die russischen Streitkräfte sein. Wenn diese nicht durch präsen-te Kräfte von einem erneuten Angriff wirksam abgeschreckt beziehungsweise daran gehindert werden, könnten sie jedoch in eine entmilitarisierte Zone innerhalb von zwei Tagen einrücken – und wer vertriebe sie dann wieder?

Bei der Forderung nach ‚Sicherheitsgarantien analog zu Artikel 5 des NATO-Vertrags‘ scheint dessen Kernaussage nicht jedermann präsent zu sein: Zwar wird ein bewaffneter Angriff gegen einzelne Alliierte als Angriff auf alle angesehen, aber der dann vorgesehene ‚Beistand‘ wird in dem Maße geleistet, das die einzelnen Alliierten ‚für erforderlich erachten‘. Das Versprechen müsste also, wie in der NATO des

Kalten Krieges, strukturell, planerisch und mit fest zugewiesenen Kräften (teilweise präsent, teilweise assigniert) unterlegt werden. Sonst schmälert allein schon die Volatilität der US-Diplomatie die Glaubwürdigkeit der vermeintlich erreichten Bereitschaft zur – notwendigen – US-amerikanischen Mitwirkung.

Die USA, Russland, Europa und die Ukraine

Präsident Trump müsste allmählich einsehen, wie Putin ihn manipuliert und dass auf diesen der Druck erhöht werden muss statt auf die Ukraine. Aber die Signale, die Putin aus Washington empfängt, müssen ihn ermutigen: Trumps Ungeduld, sein Interesse an baldigen Wirtschaftsbeziehungen und die Demontage der Glaubwürdigkeit der NATO. Trump scheint nicht einzusehen, welchen Wert das Bündnis, mit über 30 freundschaftlich zugewandten Alliierten, für die USA hat. Diese schädigen sich selbst durch Schwächung der NATO, und sollten sie sich dem Streben nach Aufteilung der Welt in exklusive Einflussphären verschreiben, würden sie auf globalen Einfluss tendenziell verzichten. Aber vielleicht öffnet die Entdeckung, dass Russland im derzeitigen Krieg dem Iran Zieldaten für US-amerikanische Stützpunkte und Schiffe liefert, Trump endlich die Augen darüber, dass Putin nicht sein ‚Freund‘ ist. Das könnte der Ukraine zugutekommen.

Putin wird erst zu Konzessionen bereit sein, wenn sein Krieg scheitert.

Von dem, was kürzlich als *predatory hegemony* (räuberische Hegemonie), bezeichnet wurde, basierend auf Nullsummen- und transaktionalem Denken, wird man den US-Präsidenten wohl nicht abbringen. Doch ungeachtet seiner Abwendung von Bündnissen sowie multilateralen Strukturen und Regeln muss seitens der Europäer die Interaktion mit den sicherheitspolitischen Akteuren in Administration, Militär, Kongress und Gesellschaft aufrechterhalten werden.

In der neuen US-Sicherheitsstrategie und systematischer in der darauf fußenden Verteidigungsstrategie ist deutlich, dass anders als für die NATO seit ihrem Gipfeltreffen 2022 nicht Russland als die größte militärische Bedrohung gilt. Vielmehr steht die Sicherheit der westlichen Hemisphäre im Vordergrund, gefolgt von China, Iran und

dann Russland als „beherrschbarer regionale Bedrohung“.

Ein fauler Frieden wäre nur die Pause vor dem nächsten Krieg.

Europa wird als weitgehend für die eigene Sicherheit und die seiner Peripherie verantwortlich betrachtet. Das wurde gerade wieder in der Münchener Sicherheitskonferenz 2026 deutlich. Wenn es sich heute zu abhängig fühlt von einem Amerika, das nicht länger bereit ist, auf eigene Kosten europäische Sicherheit zu garantieren, muss es die Schuld bei sich suchen. Die Forderungen nach einem stärkeren *burden sharing* innerhalb des Bündnisses sind keineswegs neu; sie begleiten die transatlantische Debatte seit Jahrzehnten und wurden nicht erst von Trump aufgebracht. Allerdings verfolgt er sie mit deutlich schärferen und konfrontativeren Methoden. Damit geht das Risiko einher, dass der Kreml darin Anzeichen für eine Spaltung des Bündnisses und eine Erosion der gegenseitigen Beistandsverpflichtungen erkennt. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass ein möglicher Abbau US-amerikanischer Truppen und Fähigkeiten in Europa einvernehmlich und eng mit einem entsprechenden Aufbau europäischer Kapazitäten synchronisiert wird. Die Reduzierung auf US-amerikanischer Seite und die Stärkung Europas sollten parallel und koordiniert erfolgen, sodass keine sicherheitspolitischen Lücken entstehen.

Von Deutschland, dem größten und reichsten Land im Zentrum des Kontinents, wird in besonderem Maße Führung erwartet – nicht im Sinne von Vormachtstellung und Bestimmen über andere, sondern in dienender Weise (*servant leadership*) mit rechtzeitiger Rücksichtnahme auf kleine Nationen, kooperativ und inklusiv. Gegenüber Belgien hätte das vielleicht in der schwierigen Frage der Nutzung russischer eingefrorener Gelder für die Ukraine gefruchtet. Mehr Sensibilität wäre auch vonnöten, als sie im Ankündigen der Bundeswehr (durch die Kanzler Scholz und Merz) als zukünftig „größter konventioneller Streitmacht Europas“ zum Ausdruck kommt. Vertrauensbildender wäre die Betonung akzeptierter deutscher Verantwortung.

Jedenfalls hat Deutschland eine entscheidende Rolle: konzeptionell, operativ, koalitionsgestaltend – aber auch hinsichtlich Cou-

rage, finanzieller und militärischer Anstrengungen sowie einer neuen Uner-schrockenheit gegenüber dem russischen Autokraten und Kriegsverbrecher.

Zugleich muss die Regierung die Gesell-schaft – die in mancher Hinsicht gedank-lich bereits weiter ist als Teile der Politik – konsequent für ein klares Verständnis der neuen Bedrohungslage und der daraus not-

Europa hat viele Mittel, um den Druck auf Russland zu erhöhen.

wendigen Erfordernisse gewinnen.

Bei der Stärkung Europas, teilweise im Rahmen der EU, vorwiegend aber durch die europäischen NATO-Mitglieder, sind interne Divergenzen hinderlich. Diese beziehen sich einerseits auf unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen, beispielsweise bei den Ländern der Südregion, die stärker auf die Bedrohungen im Mittelmeerraum blicken. Dem begegnet die NATO mit möglichst glaubwürdiger 360°-Strategie und der Erklärung, wie die russische Bedrohung das gesamte Bündnis betrifft. Es gibt aber auch den Spaltpilz der Nähe mancher Regierungen zum Kreml. Die de facto-Vetomacht einzelner schafft große Probleme, auch in der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund bedarf es des Vor-angehens entschlossener Verbündeter nach den Formeln ‚Kerneuropa‘ oder ‚Europa verschiedener Geschwindigkeiten‘ beziehungsweise ‚Koalitionen von Willigen‘ (und Fähigen) – ob E3 (UK, Frankreich und Deutschland), Weimarer Dreieck (Frankreich, Polen und Deutschland), NB8 (Nordic-Baltic Eight, also die skandinavischen und die baltischen Staaten) beziehungsweise größere Konstellationen. Erarbeitung von Verteidigungsplänen, Streitkräfteplanung, Übungstätigkeit, Förderung von Interoperabilität haben sich in den bewährten Verfahren der NATO zu vollziehen, in möglichst enger Zusammenarbeit mit den USA, die ja weiterhin der Oberbefehlshaber Europa (SACEUR) stellen. Seitens der Europäer muss alles vermieden werden, was die transatlantische Kluft vergrößert.

Träume von einer Europäischen Armee mit eigener atomarer Bewaffnung sind derzeit Zukunftsmusik. Vordringlich sind die Herstellung europäischer militärischer Potentiale und noch mehr die Befähigung der Ukraine, weiter die Front zu halten und

möglichst die Initiative wiederzugewinnen. So zynisch es klingen mag: die tapferen Ukrainer verschaffen den anderen Europäern die Zeit für die Wiederherstellung von Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit. Sie noch viel stärker militärisch zu unterstützen, ist in unserem ureigenen Interesse. Hat Putin dort Erfolg, werden die Kosten für uns um ein Vielfaches höher, als Ukraine-Unterstützung kostet und bei der notwendigen Steigerung zusätzlich kosten wird.

Was muss geschehen?

Vordringlich ist es also, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die russische Führung einsieht: Sie wird ihre Ziele in der Ukraine nicht erreichen und muss endlich die Souveränität auch von Staaten im ‚nahen Ausland‘ respektieren. Nur die russische Niederlage wird einen nachhaltigen Frieden ermöglichen und auch in der russischen Gesellschaft ein Erwachen bewirken. ‚Sieg über Russland‘ heißt dabei nichts anderes, als dass es seinen Eroberungskrieg beenden muss. Da ‚28-Punkte-‘, und ‚20-Punkte‘-Pläne gegenseitig inakzeptabel sind, sollte man dem ‚Zwei-Punkte-Plan‘

Für Europa bleibt die Behauptung der Ukraine vordringlich.

von Kaja Kallas folgen: die Ukraine weiter stärken, Russland weiter schwächen.

Dazu muss das Mantra, man werde der Ukraine helfen ‚so lange wie notwendig‘, endlich ergänzt werden durch ‚mit allem Erforderlichen‘ und ‚zeitgerecht‘. In dem Maße, in dem die konkrete US-amerikanische Hilfe ausfällt beziehungsweise bezahlt werden muss, haben die Europäer die Mittel – aber auch politischen Willen, Mut, Risikobereitschaft und eigene strategische Vorstellungen? Mit solchen könnten sie Putin beeindrucken und vielleicht auch Trump.

Die Europäer verfügen über viele Handhaben, um – autonom, als Partner anderer oder als Initiatoren – gegen Putin ‚andere Saiten‘ aufzuziehen:

Der verbrecherische Charakter seines Angriffskrieges muss permanent und viel stärker angeprangert werden (naming and shaming), auch im VN-Sicherheitsrat. Eine profiliertere Anklägerrolle sollte auch die Generalversammlung spielen, deren Präsidentin Annalena Baerbock ja als deutsche

Chefdiplomatin eine Heroldin der wertebasierten Außenpolitik war.

Der Nimbus russischer Unbesiegbarkeit, einschließlich der ständigen übertriebenen Siegesmeldungen, muss entlarvt werden.

Die Ukraine muss alle erforderlichen Waffensysteme, vor allem weitreichende und ohne unzumutbare Beschränkungen erhalten.

Schärfere Sanktionen und Maßnahmen zur besseren Verhinderung von Umgehung sind wichtig, wozu auch die beherzte Verwendung der eingefrorenen russischen Staatsgelder und härtere Maßnahmen gegen die ‚Schattenflotte‘ gehören.

Gas- und Ölkäufe europäischer Länder in Russland müssen ganz aufhören, und jeglicher Einschüchterung durch Moskau sollte man – besonders die deutsche Regierung – sich widersetzen.

Fazit: Ge- und Entschlossenheit der westlichen Unterstützer der Ukraine sind dringlicher denn je. Zeit ist zu einer Schicksalsfrage geworden, auch zur Wiederherstellung glaubwürdiger Abschreckung für die Sicherheit Europas. Die europäischen NATO-Mitglieder sollten weiterhin alles daransetzen, die USA eng eingebunden zu halten. Zugleich müssen sie ihre strategische Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit

deutlich stärken – um nicht dauerhaft aus selbstverschuldeter Schwäche von den USA und den politischen Prioritäten eines jeweiligen Präsidenten abhängig zu bleiben.

Keinesfalls darf die Aufmerksamkeit für das Schicksal der Ukraine hinter anderen Brennpunkten wie Venezuela, Grönland, Gaza und Iran zurücktreten. Diese Gefahr ist durch den Krieg gegen den Iran beträchtlich gewachsen und führt ganz konkret bereits zu verstärkter Munitionsknappheit. Überdies kann sich Präsident Putin auch durch den Anstieg des Ölpreises und die Lockerung amerikanischer Sanktionen gegen russische Ölverkäufe schon jetzt als Nutznießer dieses Krieges fühlen.

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der ihm assoziierten Institution.

Publisher: Aspen Institute Germany e.V.

ISSN: 2748-2480

Editors: Dr. Stormy-Annika Mildner

Design & Layout: Michaela Zintl



Über den Autor

Dr. Klaus Wittmann, 42 Jahre Bundeswehr (v.a. Truppe und Militärpolitik), Brigadegeneral a.D., Lehrbeauftragter für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, bis 2020 Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland.

Über diese Reihe

Mit dem Kurzdossier *Spot On* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten AutorInnen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.